

Pressemitteilung

29. Juli 2021

Schulden-Check Corona

Deutschland 2028 wieder auf Vor-Corona-Schuldenstand / Voraussetzung: Schuldenbremse wird ab 2023 eingehalten

Bei einer Rückkehr zur Schuldenbremse nach der Corona-Pandemie können die Staatsschulden in Deutschland innerhalb weniger Jahre auf den Stand vor der Krise sinken. Das ist ein Ergebnis der Studie „Schulden-Check Corona: Wie stark belastet die Corona-Krise die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen?“ des Forschungsinstituts Prognos im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Demnach sinkt die Schuldenstandsquote (Verhältnis von Schulden zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)) von 74 Prozent Ende 2022 auf **58 Prozent im Jahr 2028** und damit unter die Vor-Corona-Schuldenquote von 60 Prozent. Somit würde Deutschland in diesem Punkt wieder die sogenannten Maastricht-Kriterien einhalten.

In dem Szenario von Prognos wird unterstellt, dass die Politik ab dem Jahr 2023 wieder den Vorgaben der Schuldenbremse für die strukturellen Budgetsalden folgt. Die Studie betrachtet zudem die Folgen unterschiedlicher Wirtschaftsentwicklungen auf den Schuldenstand. Bei einer schlechteren Wirtschaftsentwicklung (ein Prozent weniger nominales Wachstum sowie nominal ein Prozent höhere Inflation) **nähert sich der Schuldenstand im Zeitverlauf lediglich der 60 Prozent-Marke** an, unterschreitet diese aber im gesamten Betrachtungszeitraum nicht (bis zum Jahr 2040). Bei einer spiegelbildlich positiveren Wirtschaftsentwicklung würde dagegen die Schuldenstandsquote bis 2040 auf deutlich unter 30 Prozent fallen.

Die Prognose zeigt: Deutschland kann mit Wachstumspolitik zügig aus den Corona-Schulden herauswachsen. Voraussetzung ist, dass die Politik zeitnah auf den Konsolidierungspfad zurückfindet. Auf Basis dieser erfreulichen Ergebnisse appelliert INSM-Geschäftsführer **Hubertus Pellengahr** an die Politik, schnell zur Schuldenbremse zurückzukehren:

*„Die Schuldenbremse hat die Voraussetzungen geschaffen, damit der Staat in der Corona-Pandemie zu bestmöglichen Bedingungen Geld aufnehmen konnte, um dem Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage entgegenzuwirken und Beschäftigung zu sichern. Wir sollten nach der Krise zügig die Staatsschuld senken, um für potenzielle zukünftige Krisen ebenfalls gut gerüstet zu sein. Die **Hochwasserkatastrophe in Deutschland** hat uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass Krisen häufig überraschend geschehen. Wir benötigen deshalb die finanzielle Flexibilität auch in Zukunft, um auf solche Ereignisse angemessen reagieren zu können.“*

Die Studie finden Sie auch auf [insm.de](https://www.insm.de).

Pressesprecher INSM: Florian von Henet, Tel. 030 27877 174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.